»Nur, wenn man es wirklich, wirklich nötig hat«

Bürgersinn und Staatsverständnis in den Philippinen

von Niklas Reese

Niklas Reese ist Sozialwissenschaftler und lebt in Manila.

»Wasser kocht früher oder später über, wenn man es auf eine Flamme stellt. Die Frage … ist, wann werden wir den Siedepunkt erreichen? Wann werden sie sagen, wir wollen jetzt Veränderung?« *(Die 24-jährige Rachel Pagdagdagan im Philippine Daily Inquirer vom 10.1.2009)*

Die Philippinen gelten als unterentwickeltes Land; ein Land, das zwischen Tradition und Moderne gefangen ist. Gemeinhin macht man dafür die traditionellen politischen Dynastien, die Kolonialzeit, die US-Regierung in Washington, den Internationalen Währungsfonds und ganz allgemein die Armut verantwortlich.

Keine Frage, all diese externen und strukturellen Gründe spielen für die Unterentwicklung eine entscheidende Rolle. Was jedoch oft in den Hintergrund rückt, ist, dass sich all dies auch in der politischen Kultur niederschlägt. Dass auf der anderen Seite Filipinos und Filipinas auch wenig vom Staat erwarten, die Politik nicht zur Verantwortung ziehen und wenig dazu bereit sind, sich jenseits von Notfallhilfe für das Gemeinwesen zu engagieren – dass es dem Land also an Bürgersinn mangelt.

Wo wiederum kulturelle Gründe mit einbezogen werden, klingt dies nach Weltuntergangsstimmung. Die Philippinen seien eine »damaged culture« (John Fallows), die »beyond repair« (so die häufig resignativ zu hörende Feststellung) seien. Ein mehrjähriges Forschungsprojekt hat sich diesem Komplex genauer gewidmet und gefragt, wie es mit dem Bürgersinn in den Philippinen steht.

Armut bleibt auf den Philippinen allgegenwärtig – trotz eines Wirtschaftswachstums von rund 7 Prozent. Patronagepolitik und die Herrschaft der Oligarchie sind weiter an der Tagesordnung. Der amerikanische Politikwissenschaftler David Timbermann sprach einst von den Philippinen als einem »Land ohne Veränderung (*changeless land*)«.

Zugleich ist eine Rhetorik des Wandels allgegenwärtig. Im Wahlkampf wurde auch dieses Jahr von jedem Kandidaten »pagbabago (Erneuerung)« versprochen. Linke soziale Bewegungen – aber auch Entwicklungsakteure aus dem Westen – träumen von einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation und fordern diese ein. Begleitet wird dies von einer fundamentalen Kritik an den gesellschaftlichen Strukturen und der Auffassung, dass die demokratischen Institutionen nicht funktionieren. Die »*change advocates* » warten zugleich unentwegt mit oft sehr konkreten Ideen und Modellen auf, wie die geforderte Transformation aussehen könnte. Eine solche Veränderung steht und fällt für sie damit, dass Bürgerinnen und Bürger ihre Rechte dem Staat gegenüber einfordern (*rights-based approach)*.

Wie sehr aber teilen die Filipinos und Filipinas (*the people*) diesen Ansatz? Halten sie ähnliche Dinge in Staat und Gesellschaft für problematisch wie die sozialen Bewegungen und die westlichen Entwicklungsorganisationen? Und schweben ihnen ähnliche Lösungen vor wie die, welche ihnen von diesen Akteuren vorgeschlagen werden?

Nachdem ich viele Jahre in der politischen Arbeit in Deutschland und den Philippinen aktiv gewesen bin, drängte sich mir diese Frage immer mehr auf. Wer soll – und noch mehr: wer will – all die schönen Ideen und die von *change advocates* als dringend identifizierten Veränderungen umsetzen. Die Frage wurde zur Dissertation. Eine ausführliche Schrift über Bürgersinn in den Philippinen, die Anfang 2015 abgeschlossen wurde (siehe Reese 2015). Kurz und bündig kam die vierjährige Forschung zu dem Ergebnis, dass eine Mehrheit der Filipin@s zwar generell eine hohe Bereitschaft zeigen, sich politisch zu engagieren, dabei aber vergleichsweise wenig vom Staat erwarten und viel eher auf Eigeninitiative und gemeinsame Anstrengungen setzen, wenn es darum geht, etwas in ihrem Leben zu verändern. Die politische Theorie nennt eine solche Haltung Kommunitarismus.

Über zwei Jahre, zwischen 2010 und 2012, habe ich insgesamt 40 meist junge Menschen, die in Call Centern arbeiten, interviewt. Mit den meisten von ihnen habe ich insgesamt drei Interviews zu verschiedenen Fragen geführt. Während das erste Interview sich mit ihrer Lebenssituation beschäftigte, ging es im zweiten Interview darum, wie sie mit den Problemen umgehen, die ihnen in ihrer Arbeit als Call Center agents begegnen. Zentrale Frage hier war, warum (noch) keine Interessenvertretungen in philippinischen Call Centern entstanden sind (siehe ausführlich Reese und Carreon 2013). Das letzte der drei Interviews beschäftigte sich schließlich mit ihren Erwartungen gegenüber dem Staat, ihrer Bereitschaft, politisch aktiv zu werden und der Frage, von wo sie außerdem beziehungsweise ansonsten Unterstützung erwarten (Familie, Freunde usw.).

Die Antworten auf diese Fragen wurden dann mit den Ergebnissen aus zahlreichen repräsentativen Umfragen verglichen, die in den Philippinen in punkto Erwartungen an die Regierung, Bürger und Staat, aber auch bezüglich sozialer Ungleichheit durchgeführt wurden. Dabei sind vor allem Umfragen herangezogen worden, die in den letzten Jahren im Rahmen des International Social Survey Programme (ISSP) durchgeführt wurden.

Keine Rechte ohne Pflichten. Batinguel Elementary School, Dumaguete City. Foto: Niklas Reese, 2011

Aktivismus als Schule politischen Bewusstseins

Im Allgemeinen haben alle Befragten gewisse Erwartungen gegenüber der Regierung geäußert, wenn es um öffentliche Dienstleistungen und soziale Versorgung (Gesundheit, Alter und die Unterstützung privater Initiativen) geht. Allerdings ist dies nur unter jenen ausgeprägt, die in ihrem Leben bereits Mitglied eines linken Zusammenhangs waren (oder noch sind). Unter jenen ohne einen linken Hintergrund beschränken sich die Erwartungen mehr oder weniger auf Notzeiten – oder wie es ein Befragter ausdrückte: »nur, wenn man es wirklich, wirklich nötig hat.« Diejenigen ohne linke Prägung sind sich dessen, was sie als ihre Bürgerpflichten betrachten, sehr bewusst und sind willens, ihnen nachzukommen. Sie neigen aber dazu, Probleme eher konkret und vor Ort anzugehen und scheuen vor der »großen Politik« auf nationaler Ebene zurück. Anstatt die Verhältnisse zu ändern, versuchen sie, das System zum Funktionieren zu bringen. Diese Haltung kommt auch in einer starken moralischen Orientierung zum Ausdruck, die ihnen zu eigen ist; eine Haltung, die die Gouvernementalitätsstudien in der Tradition Michel Foucaults »Responsibilisierung« nennen und die Entwicklungstheorie »Hilfe zur Selbsthilfe« bzw. Do-it-Yourself. Die Regierung gilt da nur als »letzter Ausweg«, wie es ein »Nicht-Aktivist« nannte.

Gefragt, was es braucht, um die Philippinen zu einem besseren Ort zu machen, halten vor allem Nicht-AktivistInnen (die Gruppe derjenigen, die bislang nicht Mitglied einer gesellschaftlich engagierten Organisation waren, gleich welcher politischen Orientierung) die Verbesserung des persönlichen Verhaltens (»moralische Genesung«) für ein Heilmittel. Solch ein stark personenzentrierter und moralisch aufgeladener politischer Diskurs lässt bei fast allen die Idee in den Hintergrund treten, dass Strukturen verbessert werden könnten. So meint eine Nicht-Aktivistin »Jeder von uns hat einen Beitrag zu leisten, um die Gesellschaft zu verbessern … Wer Bonbons isst und dann das Bonbonpapier auf die Straße schmeißt, trägt bereits zum Müllproblem bei.«

»Nicht-AktivistInnen« sind fest davon überzeugt, dass »wenn jeder ein moralisches Leben führt, alles in der Gesellschaft in Ordnung wäre« (mit einem sogenannten Prävalenz- Index [PI] von 0. 85, wobei 1 perfekte Zustimmung bedeutet und 0 totale Ablehnung). AktivistInnen ohne linken Hintergrund sind da skeptischer (PI von 0.57), während linke AktivistInnen diese Aussage weitgehend ablehnen (PI von 0.38).

Evangeline Sucgang hat in ihrem 2006 im *Philippine Journal of Psychology* erschienenen Artikel »Typology and correlates of political participation among Filipinos« ein solches Verständnis von Bürgersinn als »Lösung konkreter gesellschaftlicher Probleme (*public problem solving*)« bezeichnet, das sie von einem Verständnis von Bürgersinn unterscheidet, das sie »proaktiven Bürgersinn« getauft hat. Zu »proaktiven BürgerInnen« zählt Sucgang diejenigen, die der Meinung sind, dass BürgerInnen öffentlich wirksam und sichtbar werden sollten, etwa indem sie ein politisches Amt anstreben oder an politischen Kundgebungen und Demonstrationen teilnehmen. Solch ein Verständnis von *citizenship* hat meine Forschung

vor allem unter jenen feststellen können, die einige ihrer prägenden Jahre in einer Organisation mit einer linken Ausrichtung verbracht haben.

Auch wenn die politische Theorie in der Regel nur den Bürgersinn für politisch hält (wie etwa die Fragen in den ISSP-Umfragen belegen), so sind beide Verständnisse von Bürgersinn (individuelles Modellverhalten beziehungsweise der Einsatz für strukturelle Veränderungen) Formen politischen Handelns (aktiver Bürgersinn). Die »Nicht-AktivistInnen« sind also nicht unpolitisch, sie vertreten schlicht ein konkreteres und praktischeres Verständnis von Bürgersinn.

Weiterhin konnte ich in den Interviews beobachten, dass die »Nicht-AktivistInnen« nicht nur mit Vorliebe vor Ort (*community*) aktiv werden wollen, sondern auch »harte Arbeit« (maningkamot wie sie von Befragten, die Cebuano sprechen, genannt wurde) als den Schlüssel zum Erfolg betrachten. Gefragt, wie man am besten im Leben vorankommt (*umangat sa buhay*), hielten sie harte Arbeit für essentiell (PI = 0.97). Allerdings ist das unter denen, die in nicht-linken Zusammenhängen organisiert sind, kaum anders (PI = 0.95) und selbst diejenigen mit einem linken Hintergrund halten harte Arbeit immerhin noch für einen sehr wichtigen Erfolgsfaktor (PI = 0.79). Zusammen mit Bildung und Ehrgeiz gilt harte Arbeit als Allheilmittel für Erfolg im Leben, während gesellschaftliche Faktoren wie über politische Verbindungen zu verfügen (PI = 0.43), aus einer reichen Familie zu kommen (PI = 0.38) oder Bestechung (PI = 0.21) kaum ins Gewicht fallen.

Einen ausgeprägten Fokus auf eigene Anstrengungen hat auch die ISSP-Umfrage aus dem Jahre 2009, die sich mit dem Thema soziale Ungleichheit beschäftigt, für Filipin@s im Allgemeinen festgestellt: Während Bildung, harte Arbeit und Ehrgeiz einen Prävalenzindex von jeweils über 0.80 aufweisen, halten die meisten Filipin@s es für weit weniger wichtig, die richtigen Leute zu kennen, aus einer reichen Familie zu kommen oder politische Verbindungen zu haben (mit PIs von zwischen 0.43 und 0.55), während sie Bestechung sogar für irrelevant halten (PI = 0.24), wenn man vorankommen möchte. Dabei finden eigene Anstrengungen auch unter Menschen mit einfacher Bildung (die meist zugleich arm und marginalisiert sind) kaum weniger Anerkennung. Auch sie glauben, nur wer hart arbeitet, wird im Leben Erfolg haben.

Schließlich sind Nicht-AktivistInnen weitgehend der Meinung, Bürgerpflichten seien wichtiger als Bürgerrechte. Aus zahlreichen Antworten zu Fragen, die das Recht auf Bildung oder Recht auf Gesundheit betreffen, wird deutlich, dass sie sich die Verwirklichung dieser Rechte nur als eine Kooperation zwischen Regierung und den einzelnen BürgerInnen vorstellen können und dass die meisten meinen, man solle nichts von der Regierung verlangen, wenn man nicht im Gegenzug auch in der Lage ist, etwas zu geben.

Die »AktivistInnen«, also jene, die bereits in linken Zusammenhängen aktiv waren, wiederum waren nicht nur am unzufriedensten mit dem politischen und wirtschaftlichen System und damit, wie die Regierung ihrer Aufgabe nachkommt, sie vertraten auch am ehesten die Meinung, dass eine Regierung zu mehr da sein könnte, als bloß die Grundbedürfnisse und gleiche Chancen für alle zu gewährleisten. Sie erwarten von ihr auch, soziale Ungleichheit zu reduzieren sowie allen Menschen eine umfassende Bildung und Gesundheitsversorgung zu garantieren. (Allerdings drückten auch die Befragten mit einem linken Hintergrund nicht einfach eine »Anspruchs- und Versorgungsmentalität« aus, wie es die neoliberalen Verächter der Wohlfahrtsstaates gerne behaupten, sondern denken wie all die anderen Befragten, dass es keine Leistung ohne Gegenleistung, keine Rechte ohne Pflichten, geben solle). Zudem hielten sie es viel mehr als die übrigen Befragten für notwendig, die Regierung zur Rechenschaft zu ziehen, wenn sie ihren Aufgaben nicht nachkommt (*accountability*), statt schlicht zu stöhnen »*government kasi*« (ist halt die Regierung).

Die Zugehörigkeit zu einem im linken Spektrum verorteten Organisationen-Zusammenhang (ganz gleich ob aus dem orthodox-linken, reaffirmist oder den mehr moderaten linken Zusammenhängen) erwies sich als das ausschlaggebende Merkmal, was Ansprüche und Erwartungen gegenüber Staat und Gesellschaft angeht; in Soziologendeutsch: die Korrelation ist weit signifikanter als etwa Unterschiede in Merkmalen wie Geschlecht, Bildungsstand oder Wohnort. Zwar wiesen diejenigen TeilnehmerInnen an der Studie, die sich als Mitglieder einer gesellschaftlichen nicht-linken Gruppierung auswiesen, ein höheres Rechtsbewusstsein auf als jene, die nie

Ex-Präsident Aquino »nutzlos«? Wer wenig erwartet, ist schnell zufrieden.
Foto: Niklas Reese, 2014

in irgendeiner Weise organisiert waren. Das Rechtsbewusstsein unter diesen Befragten (die meist in der Kirche, der Schule oder einem nicht-politischen Verein aktiv waren) war jedoch bedeutend niedriger als unter denen mit linker Vorerfahrung.

Das Bewusstsein, Rechte zu haben (rights-based approach) konnte die Forschung somit am ehesten unter Befragten mit einer linken Sozialisationserfahrung antreffen. Schule und Medien scheinen den Menschen in den Philippinen demnach nicht nahezulegen, dass sie Rechte haben, die sie vom Staat einfordern könn(t)en.

Staat als Chancengeber

Die Regierung, so geht aus den meisten Antworten deutlich hervor, soll ihren BürgerInnen bloß Chancen bieten, sie aber nicht – wie im in Kontinentaleuropa vorherrschenden wohlfahrtsstaatlichen Ansatz – mit sozialen Dienstleitungen versorgen. Die Menschen sollen zunächst versuchen, sich (und ihre Familie) selbst zu helfen, bevor sie sich an die Regierung wenden. Defizite der staatlichen Ordnung seien eher durch Selbsthilfe denn durch Ausbau der staatlichen Sphäre auszubügeln – ein Ansatz, den Ingo Matuschek und seine Mitautoren (siehe: Matuschek und andere 2011) dem Ansatz der »Subsidiarität« zuordnen. Auch die ISSP-Umfrage aus dem Jahr 2006, die sich mit Erwartungen an die Regierung beschäftigt, kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Sie machen deutlich, dass Filipin@s weder einem Staatsmodell zuneigen, in dem (fast) alles privater Initiative überlassen wird (*laissez-faire*), noch ein Modell unterstützen, dass Matuschek und seine Mitautoren »sozialen Etatismus« nennen, und damit ein »Bewusstsein der Vorteile einer absichernden, paternalistischen Gesellschaft mit umfassenden Sozialsystemen und Regulation des Wirtschaftslebens« (S. 145) meinen.

In der ISSP-Umfrage zu Bürger und Staat aus dem Jahre 2004 erklärten 69.2 Prozent der Befragten aus den Philippinen zwar, dass es »bestimmt« oder »wahrscheinlich« die Verantwortung der Regierung sei, die Einkommensunterschiede zwischen Reichen und Armen zu reduzieren (PI = 0.67). Zugleich finden es allerdings 64 Prozent in Ordnung, dass Menschen mit höherem Einkommen sich auch eine bessere Gesundheitsversorgung bzw. bessere Schulen für ihre Kinder leisten können (PI = 0.68). In Deutschland sind gerade einmal 12 Prozent dieser Meinung (PI = 0.28). Man geht also davon aus, dass diejenigen mit einem höheren Einkommen sich dieses durch private Initiative auch eher verdient hätten – und somit die Früchte des eigenen Fleißes auch ernten dürften.

Während davon ausgegangen wird, dass die Regierung soziale Verpflichtungen hat, gelten sie als nachrangig; die Regierung gilt als »letzter Ausweg.« Es gilt als Bürgerpflicht, sich selbst zu helfen, so dass die meisten Befragten die Idee eines Arbeitslosengeldes ablehnen und heutzutage in den Augen vieler (gerade Mittelschichtsangehörigen) die konditionalen Sozialtransfers (4P) als Sozialschmarotzertum gelten.

Mit Ausnahme der linken AktivistInnen meinten fast alle von mir interviewten jungen Berufstätigen, dass die Armen ihrer Armut entkommen könnten, »wenn sie es nur wirklich versuchen«. Und die ISSP-Umfrage zu sozialer Ungleichheit aus dem Jahre 2009 kommt zu dem Ergebnis, dass Filipinos Umverteilungsmaßnahmen wie etwa eine progressive Besteuerung eher ablehnen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Begabtenstipendien bevorzugen. Soziale Rechte, wie das Recht auf Wohnung oder auf einen angemessenen Lebensstandard (*disenteng pamumuhay*) für Arbeitslose werden zwar weitgehend anerkannt (PI= 0.75); wird allerdings gefragt, welchen Umfang staatliche Leistungen in diesem Bereich haben sollten, so ist dieser minimal.

Eine solche Fokussierung auf persönliche Initiative wird auch in der großen Rolle deutlich, die der Familie beim Vorwärtskommen im Leben eingeräumt wird: 97 Prozent der in der ISSP-Umfrage zu sozialer Ungleichheit befragten Filipin@s erwarten, dass in erster Linie Familienmitglieder für die Betreuung von Kindern im Vorschulalter aufkommen sollten und erwarten dabei keinerlei finanzielle Unterstützung seitens des Staates. In einem Land wie Deutschland, das Kindergeld und das Recht auf

Selbsthilfe ist alles. Foto: Niklas Reese, 2014

»Gawa, hindi salita – Taten, nicht Worte« verspricht die Stadtregierung von Mandaluyong, Metro Manila. Foto: Niklas Reese, 2015

einen Kindergartenplatz kennt, sieht das naturgemäß ganz anders aus. Nur 50 Prozent der Westdeutschen und sogar bloß 22 Prozent der Ostdeutschen finden, dass in erster Linie Familienmitglieder Kinder im Vorschulalter betreuen sollten – und 55 Prozent der West- bzw. 76 Prozent der Ostdeutschen finden, die Regierung solle Eltern finanziell unter die Arme greifen.

Eine interessante Erläuterung zu diesen moderaten Erwartungen an die Regierung bieten wiederum die Tiefeninterviews mit den jungen Berufstätigen. Nur 8 von 27 Interviewten erwarteten überhaupt Unterstützung von der Regierung und gerade die Nicht-AktivistInnen waren schnell bereit, den guten Willen der Regierung anzuerkennen, wenn diese überhaupt etwas unternimmt. Ansprüche entwickeln sie in der Regel erst dann, wenn sie öffentliche Dienstleistungen als Gegenleistung für ihre Steuern (oder im Fall der Krankenversicherung ihrer Beiträge) konzipieren. Als zahlende Kunden können sie etwas verlangen, als Bürger eher nicht. Ein solches Verständnis des Staates ist als Geschäft auf Gegenleistung (*transactional*), nicht aber auf Bürger- und Menschenrechten gegründet. Was Leistungen für Menschen in Not oder in Armut angeht, greifen die Befragten daher nicht auf Worte wie »Anrecht« zurück, sondern »Mitleid (*luoy/kawawa*)« – und schließen im gleichen Atemzug für sich selbst, die sie sich als Teil der Mittelschicht verstehen, aus, staatliche Leistungen aus Mitleid erhalten zu wollen.

Das Vorstellungsvermögen erweitern

Die Tiefeninterviews mit den jungen Berufstätigen, die nie Teil eines linken Zusammenhangs waren, als auch die diversen Umfragen im Rahmen des ISSP kommen zu einem eindeutigen Ergebnis: Während wohlfahrtsstaatliche Leistungen im Bereich Gesundheit, Bildung oder der Wohnungspolitik im Allgemeinen anerkannt sind, so sind die Erwartungen über ihren Umfang eher begrenzt.

Gefragt, wie zufrieden sie mit der Regierung im Bereich Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung oder Seniorenpolitik sind, sind die Menschen mehr oder weniger zufrieden, alle PIs liegen über 0.5. (Die Zufriedenheitswerte sinken allerdings zuweilen beträchtlich, wenn konkrete Programme zur Debatte gestellt werden.)

Dass Filipin@s mit den staatlichen Leistungen eher zufrieden sind, in der Regel sogar zufriedener als die vom ISSP befragten Deutschen, obwohl das staatliche Leistungsniveau in Deutschland wesentlich höher ist, könnte Folge eines geringeren Anspruchs auf öffentliche Dienstleistungen qua Bürgerseins (Citizenship) sein. Alltagsbeobachtungen, wie sich Filipin@s auf einem Amt verhalten, scheinen zu bestätigen, dass Filipinos dort nicht mit dem Anspruch auftreten, ein Recht auf die angebotenen Leistungen zu haben. Staatliche Dienste erscheinen eher als etwas, um was man bitten (*hingi*) muss. Schnell gilt man als »*bastos*« (ungehörig), wenn

man auf seinem Recht besteht; es ist ratsamer, an die Großzügigkeit (*pagkamapagbigay*) und die Güte (*kabaitan*) eines Beamten zu appellieren. »Der ideale Bürger ist eher loyal und dankbar und nicht informiert und auf sein Recht pochend«, wie es Randy David, einer der führenden philippinischen Soziologen, in seiner Kolumne am 5.9.2009 im Philippine Daily Inquirer auf den Punkt gebracht hat.

Gerade wenn man die Zufriedenheitswerte mit der staatlichen Sozialpolitik, die die ISSP-Umfragen in den Philippinen gemessen haben, etwa mit denen in den post-sozialistischen Transformationsgesellschaften in Osteuropa vergleicht (wo die Werte trotz eines tatsächlich höheren Leistungsniveaus oft unterirdisch sind), wird deutlich, dass die Zufriedenheitswerte weniger vom tatsächlichen Umfang des öffentlichen Dienstes abhängen, sondern mehr davon, was man kennt und was man sich vorstellen kann. Die BürgerInnen in den postsozialistischen Gesellschaften scheinen da die gegenwärtigen staatlichen Leistungen mit der Zeit des Staatssozialismus zu vergleichen – und da schneidet der öffentliche Dienst von heute ziemlich schlecht ab. Von meinen InterviewpartnerInnen bekam ich hingegen oft zu hören »Wir sind nur ein Dritte-Welt-Land, was soll man da schon erwarten.« Weil man es nicht anders kennt, gilt das Bestehende als »normal« – die normative Kraft des Faktischen!

»Menschen, die nicht wissen, was sie bekommen sollten, sind immer mit dem zufrieden, was sie bekommen. Unwissenheit ist Glück«, seufzen Carmelle Harrow und Jereco in ihrem Kommentar zum schlechten Zustand der staatlichen Bildungsprogramme in den Philippinen, der im Sun Star Davao am 25.6.2011 erschienen ist.

Kolonialismus, Feudalismus, Kapitalismus, traditioneller Katholizismus und neoliberale Strukturanpassungsprogramme – in allen Phasen der philippinischen Geschichte herrschte immer ein Staatsverständnis, das oft mit kommunitären Vorstellungen einherging und in dem minimale staatliche Dienstleistungen und ausgeprägte gesellschaftliche Ungleichheit Hand in Hand gingen. Gleich auf welche Art und Weise die Philippinen auch regiert wurden, immer wurde von den Filipin@s erwartet, für sich und seine Lieben selbst zu sorgen; selten wurde ihnen vermittelt, dass sie ein vorbehaltsloses Recht auf staatliche Leistungen hätten, schlicht aufgrund der Tatsche, dass sie Bürger und Menschen sind. Und selbst wo die Idee vom Staat als Dienstleister – wie sie dem modernen Staat zugrunde liegt – in Verfassung und Gesetzen niedergelegt wurde, müssen die Menschen die Erfahrung machen, dass es einen großen Graben zwischen Norm und Wirklichkeit gibt. Gesetzlich niedergelegte soziale und politische Rechte werden nur selektiv durchgesetzt, so dass eine Studie der Internationalen Textilgewerkschaft über die Arbeitsbedingungen in den Philippinen im Jahre 2011 zu dem Ergebnis kam, dass Verstöße gegen die nationalen sowie internationalen Arbeitsgesetze »die Regel sind« (Business World, 10.5.2011). AktivistInnen haben das politische System in den Philippinen daher mit Reiswaffeln (*ampaw*) verglichen, »lecker, aber drinnen nichts als Luft« (Katrina Santiago: *Ampaw republic*, Manila Times vom 19.3.2014).

Geschichte prägt sich in den Menschen ein – und Bourdieu, der hier von einem »sozialen Habitus« spricht, geht in seinem Standardwerk davon aus, dass Menschen daher dazu neigen, »das Mögliche für das allein Mögliche, das Erreichbare für das Angemessene zu halten, [und] sich [daher] der gegebenen sozialen Ordnung ohne viel Nachdenken einfügen.« Der philippinische Soziologe Herbert Docena stellt daher fest: »Politik ist nie nur ein Kampf um Macht oder Ressourcen; … Sie ist immer auch ein Kampf um das, um was es in diesem Kampf überhaupt geht« (Philippine Daily Inquirer, 18.10.2013).

Der Journalist Luis Teodoro geht sogar noch einen Schritt weiter. Er glaubt, dass die jahrhundertelangen Erfahrungen mit Mächtigen, die einen vorwiegend ausplündern (früher die spanischen Kolonialherren, heute der feudale Großgrundbesitzer und der kapitalistische Arbeitgeber), dazu geführt haben, dass der gemeine Filipino die Regierung weniger als Dienstleister versteht, sondern eher als »Belastung« (so seine gleichnamige Kolumne vom 23.1.2014 in der Business World). Nur so kann er sich trotz der enttäuschenden Leistung der Aquino-Regierung (siehe den Artikel *Vergelbt* in der *südostasien* 2/2016) ihre anhaltend hohen Zustimmungswerte erklären. »Die Regierung wird mehr für das geschätzt, was sie *nicht* getan hat als für das, was sie getan hat. Im Vergleich zu früheren Regierungen hat die Regierung Aquino nicht so viele getötet, war nicht in so viele Skandale verwickelt oder war nicht so korrupt«, so Teodoro.

Weiterführende Literatur

- Matuschek, Ingo, Uwe Krähnke, Frank Kleemann & Frank Ernst (2011): *Links sein – Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus*, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Reese, Niklas (2015): Handa sa laban araw-araw? (Ready to fight every day?) – Readiness to Political Action and Sense of Entitlement: How strong is Citizenship in the Philippines? With a Special Focus on International Call Center Agents. Die Dissertation ist unter <hss.ulb.uni-bonn.de/2015/3896/3896.htm> im Internet zugänglich.
- Reese, Niklas und Joefel Carreon (2013): No call for action? – Why there is no union (yet) in Philippine call centers. Der Artikel ist im Heft 6(1) des *Austrian Journal of South-East Asian Studies* erschienen und ist unter seas.at/aseas/6_1/ASEAS_6_1_A8.pdf im Internet zugänglich.